



Wöchentliches Abonnement in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 18 Sgr. In der Expedition für den Raum einer fünfzehntägigen Zeit in Preussisch 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Buchhandlungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 524. Mittag-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treves.

Freitag, den 8. November 1867.

Deutschland.

Breslau, 7. Nov. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Sanitäts-Rath und Land-Physikus Dr. Meyer zu Soltau, Landdrostei Lüneburg, und dem Haupt-Steueramts-Assistenten Kehler zu Breslau den rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen; den Ober-Appellationsgerichts-Rath Dr. Voss in Rassel unter Befehl seines bisherigen Charakters und Ranges zum Mitgliede des Appellationsgerichts in Rassel; so wie den Landgerichts-Assessor Pleus in Malmedy zum Staats-Procurator bei dem Landgericht in Düsseldorf und den Landgerichts-Assessor Werner aus Koblenz zum Staats-Procurator bei dem Landgericht in Koblenz und zwar bei dem Untersuchungs-Amt in Simmern; ferner den Oberlehrer am Gymnasium in Münster Dr. Vögle zum Gymnasial-Director ernannt; dem Commerzien-Rath Friedrich Forster zu Grünberg den Charakter als Geheimer Commerzien-Rath, dem Fabrikbesitzer Robert Schaeffer zu Bielefeld und dem Kaufmann Heinrich August Eduard Schneider zu Breslau den Charakter als Commerzien-Rath; desgleichen dem Ober-Commissar Marbach zu Hannover den Charakter als Rechnungs-Rath und dem Vize des Charitairamts-Priebers und der Domäne Schweinich und Koffendau, Oberamtmann Georg v. Schönermark zu Bielefeld, den Charakter als Amtsrath verliehen, so wie den derzeitigen Bürgermeister von Zeitz, Beder, der von der Stadtordneten-Versammlung zu Halberstadt getrossenen Wahl gemäß, als ersten Bürgermeister der Stadt Halberstadt für eine zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Der Staats-Procurator Schorn in Trier ist an das königl. Landgericht in Bonn und der Staats-Procurator Vögeler in Simmern an das königliche Landgericht in Trier versetzt worden. — Dem Gymnasial-Director Dr. Vögle ist die Directorstelle am Gymnasium Carolinum zu Danabrid verliehen worden.

Berlin, 7. Novbr. [Se. Majestät der König] empfangen heute Morgen den Bildhauer Professor Drake, hierauf Se. königl. Hoheit den Prinzen Adalbert, nahmen militärische Meldungen und hierauf den Vortrag des Kriegs-Ministeriums und des Militär-Cabinetts entgegen.

[Auswechslung der Ratificationen.] Gestern Abend hat im Bundeskanzler-Amt die Auswechslung der Ratificationen des Vertrages stattgefunden, welcher zwischen dem norddeutschen Bunde, Bayern, Würtemberg, Baden und Hessen am 8. Juli d. J. über die Fortdauer des Zoll- und Handels-Vereins abgeschlossen ist. (St. A.)

Berlin, 7. November. [Die Wahlen. — Die Parteistellung im Abgeordnetenhaus. — Die Nordpolfabrik.] Die hiesigen Wahlen sind also ganz wie wir vorausgesetzt, zu Gunsten der Fortschrittspartei ausgefallen, sämtliche von letzterer aufgestellte neun Candidaten: Waldeck, Löwe-Parrissius (Gardelegen); Joh. Jacoby und Rung; Schütze-Deitzsch und Vichow; Dunder und Gherly sind gewählt, nicht wieder gewählt, ja zumeist kaum genannt sind Jung, Richter, Krieger, Baerß (der eine Wiederwahl ablehnte) Luning und Lasker. In Berlin ist man einmal gegen die National-Liberalen, zu denen letztere sechs Männer gehören, unerbittlich eingenommen, man hat sich hier in ein Vorurtheil förmlich festgerannt und der hier und da jetzt vorgekommene Versuch eines Compromisses mit Conservativen war nicht geeignet, hierin eine Aenderung zum Besseren hervorzurufen. Es ist zu constatiren, daß ein solcher Compromiß kaum stattgefunden hat, höchstens im IV. Wahlbezirk, wo Conservative, Alt- und National-Liberale für Bennigsen stimmten, im III. Bezirk stimmten nur Altliberalen und Conservativen für Braun (Wiesbaden); die National-Liberalen stimmten mit der Majorität. In letzgedachtem Bezirk kam es übrigens fast zu tumultuariösen Ausritten, weil der Wahlcommissar eine buchstäbliche Durchführung der Bestimmung, daß die Wahlmänner an den Wahlstätten treten sollten, verlangte, wovon bei den räumlichen Verhältnissen des Saales Abstand genommen werden mußte. Die Wahlmänner waren übrigens in allen Bezirken fast vollständig erschienen. Nach allen Nachrichten aus den Provinzen wird die nationalliberale Fraktion die stärkste im Landtage werden, die Conservativen und Altliberalen beabsichtigen zu einer Fraktion des Centrums zusammenzutreten, wie sie es schon im Reichstage beabsichtigt hatten. — Das bisherige „linke Centrum“ (Fraktion v. Bockum-Dolfs) wird wohl in dem neuen Landtage nicht wieder erscheinen. — Die Wahl des Kriegs-Ministers v. Roon im Letzteren Kreise gilt als zweifellos. — Man hält es für nicht unwahrscheinlich, daß die Flottengelder des Nationalvereins der Nordpol-Expedition überwiesen werden, es wird dafür stark agitirt. Man sieht in dieser Beziehung mit Spannung der bevorstehenden Generalversammlung des Vereins entgegen.

[Das Staatsministerium] trat heute Nachmittag 2 Uhr wiederum zu einer Sitzung zusammen. Auf morgen Mittag ist ein Cabinet-Conseil angesetzt, der sich vermutlich mit den dem Landtage zu machenden Gesetz-Vorlagen beschäftigen wird.

[Diplomatische.] Der französische Botschafter Herr Benedetti und der italienische Gesandte Graf de Launay sind hier eingetroffen.

[An dem heutigen Wahlacte im Arnim'schen Saale] nahm auch der Minister-Präsident Graf Bismarck als Wahlmann Theil. Während der Wahl empfing er in einem reservirten Zimmer des Hotels den italienischen Gesandten.

[Das Ergebnis der heutigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus] war in Berlin folgendes:

Im ersten Wahlbezirk wurde im ersten Wahlgang Obertribunalsrath Dr. Waldeck mit 339 von 584 Stimmen (absolute Majorität 293) gewählt; außerdem erhielten Bantpräsident v. Dedend 198, Stadtgerichtsrath Westen 44 Stimmen; die übrigen vertheilten sich. — Im zweiten Wahlgang wurden 574 Stimmen abgegeben (absolute Majorität 288); Dr. Löwe-Calbe wurde mit 331 Stimmen gewählt; außerdem waren auf v. Dedend 191, auf Westen 50 Stimmen gefallen.

Beim dritten Wahlgang erhielten von 579 abgegebenen Stimmen (Majorität 290). Parrissius 318, v. Dedend 197, Westen 64, somit ist Parrissius gewählt.

Im zweiten Wahlbezirk wurden beim ersten Wahlgang 602 Stimmen abgegeben: Dr. Joh. Jacoby wurde mit 400 Stimmen gewählt; außerdem erhielt Prediger Richter in Mariendorf 192, General v. Moltke 6 Stimmen. — Im zweiten Wahlgang erhielt von 591 abgegebenen Stimmen Stadtrath Rung 453 und ist mithin gewählt; außerdem erhielten Prediger Richter 127, Buchhändler v. Georg Reimer 6, Professor Glaeser 5 Stimmen.

Im dritten Wahlbezirk erhielt von 521 abgegebenen Stimmen (absolute Majorität 261) Schütze-Deitzsch 418 und ist somit zum Abgeordneten gewählt; Rechtsanwält Dr. Braun (Wiesbaden) erhielt 103 Stimmen. Im zweiten Wahlgang wurde Prof. Dr. Vichow mit 408 von 510 abgegebenen Stimmen gewählt; Rechtsanwält Dr. Braun erhielt 102 Stimmen.

Im vierten Wahlbezirk wurden im ersten Wahlgang 482 Stimmen abgegeben, von denen Buchhändler Franz Dunder 390 erhielt; auf v. Bennigsen fielen 86 Stimmen. — Im zweiten Wahlgang wurde Stadt-Gerichtsrath Dr. Gherly mit 392 von 476 Stimmen gewählt; 75 St. fielen auf v. Bennigsen.

[Wahl-Resultate.] Stadt Potsdam: Graf Keller (freiconf.) mit 129 Stimmen. (Gegen-Candidat Geh. Rath Kerst, Fortschritt, 14 St.) Wahlbezirk Wehlar: Kreisger.-Director Stelker (a. lib.) mit 153 St. Wahlbezirk Ottweiler: Commerzienrath Stumm (freiconf.) gegen Prof. Vichow. Wahlbezirk Langenschwalbach (Regierungsbezirk Wiesbaden): Delonow Mohr, Fortschritt, mit 114 Stimmen. Oberbavelland: Landrath Wildens (conf.) gegen Kreisgerichtsrath Klotz (Fortsch.), mit 20 Stimmen Majorität.

Reg.-Bez. Wiesbaden. Stadtkreis-Frankfurt a. M.: Gewählt Appellationsgerichtsrath Dr. Kugler und Director der Casanalt Schiele, beide der Fortschrittspartei angehörend.

Hannover. 15. Wahlkreis Sameln: Bauergutsbesitzer Rebeder (nat.-lib.) 17. Wahlkreis Elze: Hofbesitzer Jordan. 27. Wahlkreis Darnenberg: Bauergutsbesitzer Rebeder. 28. Wahlkreis Gifhorn: Ober-Gerichtsrath Plank. 29. Wahlkreis Harburg: Bürgermeister Grumbrecht. 32. Wahlkreis Neubaus: Einheimischer Rudolph v. Bennigsen.

Kreis West- und Ost-Prignitz. Mit überwiegender Majorität gewählt: Landrath Perius. Bürgermeister Steingraber aus Havelberg, und Kreis-Gerichts-Director Sello aus Potsdam, sämtlich conservativ.

Reg.-Bez. Bromberg. Kreis Schubin-Fomradaw: Gewählt Landrath v. Kuchly und Ministerial-Director v. d. Rede (freiconf.).

Reg.-Bez. Marienwerder. Kreis Thern-Culm: Gewählt Fabrikant Weese und Poga-Bychorze (lib.).

Reg.-Bez. Düsseldorf. Stadt und Kreis Düsseldorf. Im ersten Wahlgang der allliberalen Candidat Belzer gewählt.

Reg.-Bez. Stettin. Stadt Stettin. Es erhielten Loewe-Calbe 103, Lasker 100 und der ehemalige Oberbürgermeister Hering 50 St. In der alsdann erfolgten engeren Wahl wurde Lasker mit 149 gegen Loewe gewählt, der 103 St. erhielt.

Reg.-Bez. Regensburg. Gewählt die Candidaten der Conservativen, Landrath a. D. v. Osten und Landrath Daber, beide mit bedeutender Majorität.

Reg.-Bez. Coblenz. Kreis Fürstenthum: Gewählt Landrath v. Gerlach und Gutsbesitzer v. Hagen-Pöhlitz, beide conservativ.

Reg.-Bez. Straßburg. Kreis Hagen-Franzburg: Gewählt Senator von Boettcher (conf.) und Justizrath Wagnier (conf.).

Kreis Grimmen-Greifswald: Gewählt Kammerherr v. Behr auf Vargah (conf.) und Landrath v. Seck-Neppin (conf.).

Reg.-Bez. Potsdam. Kreis Westbavelland-Zauch-Belzig: Gewählt Landrath v. Stälpnagel (conf.), Rittergutsbesitzer v. Kleist (conf.) und General Stabenhagen.

Reg.-Bez. Magdeburg. Kreis Wolmirstedt-Neubabensleben: Bürgermeister Sachse und Fabrikant Kräger, beide nat.-lib.

Kreis Osterburg-Stendal: Gutsbesitzer v. Bismarck-Bries und von Reiche (Neufelde), beide conservativ.

Kreis Halle-Merseburg: Handelskammer Netze und Fabrikant Stengel, beide freiconservativ.

Reg.-Bez. Merseburg. Kreis Weissenfels-Naumburg-Beitz: Gutsbesitzer Koblund (Fortschritt) und Stadtrath Bischof (nat.-lib.).

Reg.-Bez. Düsseldorf. Kreis Eberfeld und Varmen: Graf Schwerin-Pyhar.

Stadt Eberfeld und Varmen: Alexander v. Sybel mit 232 St. gegen Peter Ludwig Schmidt, welcher 209 St. erhielt.

Kreis Kreis: Landrath v. Dänhof mit 124 St. gegen Kreisgerichtsrath Guckl, welcher 84 St. erhielt.

Reg.-Bez. Arnberg. Kreis Bockum-Dortmund: Mehmann mit 476 St. gegen Vergrath Kaper.

Kreis Hagen: Der liberale Candidat, Prediger Florisch aus Iserlohn.

Reg.-Bez. Rassel. Kreis Danau: Gewählt der Candidat der nat.-lib. Partei Ziegler mit 158 St. gegen Traber, der 44 St. erhielt.

Kreis Holsheim-Wollhagen: Friedrich Oetker fast einstimmig gewählt. Schleswig-Holstein. 7. Wahlbezirk: Reg.-Rath a. D. Kraus.

13. Wahlbezirk: Gewählt Lehrer Schlichting (lib.).

Reg.-Bez. Merseburg. Saalkreis incl. Stadt Halle: Gewählt Graf Schömerin-Pyhar und Reg.-Präsident Rothe in Merseburg (conf.).

Kreis Sangerhausen-Edersburg: Gewählt Rittergutsbesitzer Juengelen und Reg.-Rath a. D. Seubert, beide nat.-lib.

Kreis Querfurt-Merseburg. Gewählt Kreisrichter Reuffel und Rechts-Anwalt Boellfel, beide nat.-lib.

Kreis Bitterfeld-Deßau: Gewählt Kreisgerichtsrath Lampugnani und Stadtrath v. Graß v. Seydewitz aus Berlin, beide conservativ.

Kr. Liebenwerda-Vorgau: Gewählt Rittergutsbesitzer Wiefandt und Rittergutsbesitzer v. Lingenthal, beide conservativ.

Kreis Hamm-Siebel: Uhlendorf mit 265 St. gegen Quadt, der 82 St. erhielt, und v. Bockum-Dolfs.

Kreis Wittgenstein-Siegen: Achenbach (conf.) mit 148 St. gegen v. Beugem.

Reg.-Bez. Stettin. Kreis Randow-Greifenhagen: Gewählt die Compromiß-Candidaten Gutsbesitzer Trüschler v. Faldenstein (conf.) und Rittergutsbesitzer Schulze (liberal).

Kreis Prignitz-Saagig: v. Schöning (conf.) und v. Wangenheim (alllib.).

Reg.-Bez. Posen. Kreis Adelnau-Schilberg: Dompropstus Wegener und v. Krasid. (Widerrufen von dem im Voranb. Mitgetheilten. D. Red.)

Reg.-Bez. Bromberg. Kreis Carniaun-Chodziesen: Graf Schulenburg (conf.) und Lehmsdorf (Bodonin).

Kreis Wirsh-Bromberg: Kreisrichter Lefse.

Reg.-Bez. Marienwerder. Kreis Conitz-Schlochau: Landrath v. Dben in Schlochau und Wehr (Kensau).

Kreis Flatow-Deutsch-Crone: Amtsrath Boy und Geh. Regierungsrath Gr. Culenburg (conf.).

Wahlkreis Lauenburg-Bütow-Stolp. Gewählt v. Denzin, Professor Glaeser, Staatsminister v. Selchow.

Wahlkreis Neustettin-Belgard: 1) der Geheime Regierungsrath Wagnier auf Culenburg mit 362 gegen 1 Stimme; 2) der Rittergutsbesitzer v. Arnim auf Heinrichsdorf einstimmig. Beide gehören der conservativen Partei an.

Wahlkreis Fürstenthum: Landrath v. Gerlach und Gutsbesitzer von Hagen-Pöhlitz, beide conserv. Gegen-Candidat Graf Schwerin-Pyhar.

Wahlkreis Dramburg-Schivelbein: Landrath Graf von Westarp mit 154 gegen 27 Stimmen.

[Civil-Pensions-Gesetz.] Dem Vernehmen nach wird in der bevorstehenden Session des Landtages auch ein verändertes Civil-Pensions-Gesetz zur Vorlage kommen. Dasselbe wird sowohl die Normirung gleichmäßiger Pensionssätze, als auch eine allgemeine Befreiung der Staatsbeamten von den laufenden Pensionsbeiträgen stipuliren. Die Motive zu demselben haben, wie wir hören, die abwaltenden verschiedenen Pensionsverhältnisse der mit den neuen Provinzen übernommenen eintätigen Beamten gegeben.

[Schleswig-Holstein und der Zollverein.] Die Regierung hatte mehrfach erklärt, daß sie den Eintritt Schleswig-Holsteins in den Zollverein noch vor dem 1. Januar d. J. herbeizuführen wünsche, doch war der Termin noch offen gelassen. Derselbe wird durch eine Bekanntmachung im heutigen „Staats-Anz.“ auf den 15. November angesetzt. Die Aufnahme in den Gesamtverband des Zollvereins erstreckt sich dagegen nicht auf die mit der Stadt Altona und dem Flecken Wandsbeck von dem Zoll- und Steuerverbände mit den Herzogthümern Holstein und Schleswig bisher schon ausgeschlossen gebliebenen holsteinischen Gebietsheile.

Hannover, 4. Nov. [Das Geld des Königs von Hannover.] Der „Bes.-Z.“ wird geschrieben: Ich habe Ihnen früher bereits mitgetheilt, daß bei dem Abkommen zwischen Preußen und dem König Georg das zur Kronotation gebrachte, in englischen dreiprocentigen Staats-Scheine belegte Capital von 600,000 Pf. Sterl. gar nicht in Frage gekommen ist. Preußen hat sich allerdings einmal nach diesen Geldern bei der englischen Bank erkundigt; es hat dies aber wohl keinen anderen Zweck gehabt, als sich überhaupt bezeugen der Verhandlungen über die Substitutionsmittel des Königs in Kenntniß zu setzen. Die Entscheidung besagten, 1784 bis 1790 in England belegten Capitals geht bis auf den Kurfürsten Georg Ludwig zurück, der, als er 1714 den britischen Thron bestieg, auf seine Einkünfte aus Hannover verzichtete und mit ihnen den Grund zu jenem Kronfideicommissvermögen legte,

das später in den Jahren 1784 bis 1790 in besagter Höhe und Weise angelegt wurde und dessen Nutzung ohne Zweifel dem Hause Hannover zusteht. Es ist neuerdings gelegentlich der Mittheilung, daß die nach England geführten Summen zurückgebracht werden sollten, jenes Capital mit den letzteren verwechselt worden. Die aus England zurückzubringenden Summen sind aber den hannoverschen Kassen entnommene zweifelhafte Staatsgelder. Sie betrugen bekanntlich gegen 21 Mill. Thlr., nämlich 19 Mill. in verschiedenen Staatspapieren und ca. 1,300,000 Thlr. baar. Von jener Summe waren nach der Natur der Papiere nur etwa 3 1/2 Mill. zu verwerthen, nämlich das genannte baare Geld und etwa 2 Mill. Papiere, während die übrigen (preussische und hannoversche) nach dem Stande der Dinge natürlich nicht verwendet werden konnten. Von dieser verwertbaren Summe soll nun König Georg bereits gegen 2 Mill. verausgabt haben. Selbstverständlich wird Preußen diese Verwendungen von seiner Ausgleichssumme in Abzug bringen lassen.

München, 1. Nov. [Eine städtische Deputation und die Reichsräthe.] Der „Frank. Kur.“ theilt den Bericht mit, welchen der Bürgermeister v. Stromer über seine und seiner Mitdeputirten Sendung nach München in der öffentlichen Sitzung des Magistrats erstattete. Diese Sendung betraf bekanntlich die Annahme des Zollvertrages. Wir entnehmen dem Bericht Folgendes:

In München machte sich eine der merkwürdigsten Situationen geltend, wie sie lange nicht in unserer constitutionellen Leben vorgekommen ist. Da war zuerst der Monarch, der sich unbedingt für Anna me der Vorträge aussprach; dann die Minister einhellig derselben Meinung; ferner die Landtagsabgeordneten, welche von vornherein versicherten, daß bei wiederholter Beratung des Zollvertrages in ihrer Kammer auch nicht eine von den 117 Stimmen abfallen werde; endlich die Reichsräthe. Die Deputationen beschloffen, bei den Herren v. Bomhard, v. Thüngen und Schenk v. Stauffenberg vorzusprechen. Herr v. Bomhard war total gegen die Verträge, in denen er materiell das Ende der Selbstständigkeit Baierns erblickt, und wies auf seinen Eid hin; nachdem offen und energisch die Noth und die schwersten constitutionellen Wirren aus der Verwerfung des Zollvertrages in Aussicht gestellt worden waren, konnte man von ihm nur das Versprechen, sich die Angelegenheit zu überlegen, erlangen. (Er hat schließlich für die Verträge gestimmt). Schenk v. Stauffenberg glitt aber die Frage des Vetos weg. (Stimmte schließlich aber ebenfalls für die Verträge.) In der mehr als einständigen Unterredung mit Herrn v. Thüngen präcisirte dieser seine Auffassung der Sachlage dahin, daß die Reichsräthskammer derselben sei, die Ehre und Gleichberechtigung des Landes zu wahren; letztere habe er gefährdet erachtet; er sei im innersten Herzen überzeugt, daß die Verträge für Baiern ungünstig, ein Verlöschen der Doppelrechte seien, von denen eines nach dem anderen folgen werde; schließlich seien die Verträge ein Einverleiben in Preußen, was um so weniger gerechtfertigt erscheine, als die bayerische Landbevölkerung antipreußisch gestimmt sei. In Berlin habe er indeß die schriftliche Zusage Bismarcks erreicht, daß preussische Veto nur in den alleräußersten Nothfällen anzuwenden zu wollen. Ferner habe der Bundeskanzler in Betreff eines Aufschubes der Kündigung des Zollvereinsvertrages sich dahin geäußert, daß er sich bloßstellen würde, wenn er hierin nachgäbe, und daß dann anderseitige Forderungen nachfolgen würden; so lange indeß das Ministerium hesitirte, bliebe, und dauerten die Debatten über den Vertrag nach seiner Kündigung zwei oder drei Monate, wolle er bei dem Verlangen des Beitritts keine härtere Bedingungen stellen. v. Thüngen erwies sich in dieser Unterredung als Schützjoller, der hoffte, daß Baiern im Falle der Kündigung des Vertrages die bisher von Norddeutschland bezogenen Artikel sich selbst (!), wenn auch nach schwerem Uebergange, bestens beschaffen könne. Der Vorträger der Deputation, Herr v. Stromer, hielt mit seinem Bedenken natürlich nicht zurück und hob namentlich hervor, daß Baiern nicht in der Verfassung sei, solche Forderungen zu tragen zu können. Als Facit der Besprechung stellte sich die Meinung heraus, daß der Kampf als nutzlos aufgebe, wenn Württemberg für ihn keinen Halt biete; wenn aber dieses die Modification, ein Veto zu erhalten, beanspruche, dann müsse er letzteres auch seinerseits aufrecht erhalten. Nach dieser Unterredung folgte unter sich eine Besprechung der Reichsräthe, die v. Stromer ihrer Meinung nach dahin charakterisirt, daß sie wohl patriotisch gefühlt, aber — erst vom Lande heringekommen und nur ihre Tagesliteratur frequentirend — nicht genügend unterrichtet über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frage seien. Nach der Aufwartung der Deputationen in corpore bei Fürst Hohenlohe versagten sie sich zu v. Thüngen, wo dieser ihnen mittheilte, daß er und seine Parteigenossen den Kampf ausgegeben haben. Freiherrn v. Stromer wurde allerseits versichert, daß der durch Adressen und Deputationen ausgeübte locale Druck nicht wenig zum günstigen Resultate beigetragen oder, wie sich ein Reichsrath ausdrückte, dem Falsch den Boden eingeklagen habe.

Karlruhe, 6. Novbr. [Obligatorische Civilehe.] In der Abgeordneten-Kammer wurde heute der Antrag des Abgeordneten Gerdart auf Einführung der obligatorischen Civilehe mit allen gegen 3 Stimmen angenommen. Die Regierung ist mit dem Antrage principiell einverstanden. (Z. B. f. Nordd.)

Amerika.

Newyork, 18. October. [Die gefälschten Bonds. — Die Agitation gegen die Baarzahlungen.] Die Aufregung im Publikum in Betreff der gefälschten 7-30-Bonds hat sich noch nicht gelegt und der Markt ist mit diesem Papier überschwemmt. Einzelne der Inhaber dieser falschen Noten wollen die Regierung für dieselben haftbar machen, indem nicht innerhalb 15 Tagen nach der Entdeckung die Sache bekannt gemacht worden sei. Letzteres wird durch ein Gesetz den Banken vorgeschrieben. Der Finanzminister will indeß nachweisen, daß 2 Tage nach der Entdeckung schon die notwendigen Maßregeln zur Bekämpfung getroffen worden seien. — Das Gesetz gegen die Baarzahlungen hat einigermaßen nachgelassen. Bondholder und Andere haben die Agitation ausgegeben, sobald sie bei der Wahl gedient hatte. Butler und Stephens sind versummt, weil sie für die Wahlen, die noch kommen, fürchten und die bedeutenden Zeitungen und Männer aller Parteien treten für Baarzahlung als Vertheidiger auf.

[Indianer.] Mehr als 5000 Indianer haben sich zu der Conferenz mit der Regierungs-Commission in Kansas eingefunden.

Newyork, 22. Octbr. [Die heute in Virginien begonnenen Wahlen] werden, wie die in Georgia unweifelhaft zu Gunsten der Radikalen ausfallen. Louisiana entschied mit 70,000 gegen 4000 Stimmen zu Gunsten der Convention.

[Admiral Tegethoff] ist von Vera Cruz nach Havannah abgereist, ohne daß es ihm gelungen wäre, die Leiche Maximilians auszuliefern zu bekommen.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.
Bamberg, 7. Novbr. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft wurde der Antrag des Ausschusses auf Einsetzung einer gemischten Commission beauftragt Reorganisation des Bürgermilitärs mit 85 gegen 71 Stimmen abgelehnt, dagegen der in erster Lesung gefaßte Beschluß, den Senat zu ersuchen, die baldige Auflösung des Bürgermilitärs zu veranlassen, bestätigt.

Dresden, 7. Nov. In der heutigen Sitzung erwiderte der Minister des Innern auf eine Interpellation des Abgeordneten Schreck, betreffend das neue Wahlgesetz, die Regierung habe eine hierauf bezügliche Vorlage bereits ausgearbeitet und werde dieselbe demnächst den Kammern vorlegen.

München, 7. Novbr. Freiherr v. Boust hatte gestern sofort nach seiner Ankunft eine längere Unterredung mit dem Fürsten v. Hohen-

